Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1930

der Abgeordneten Christine Wernicke (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/5306

Corona-Testzentrum in Rheinsberg

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragestellerin: In der 63. Sitzung des Landtages Brandenburg wurde in der Fragestunde mehrfach auf die unzureichenden Testkapazitäten in Rheinsberg hingewiesen. Mit Beginn der Tourismus-Saison wird die Test-Nachfrage voraussichtlich erheblich ansteigen.

Die Genehmigung weiterer Testmöglichkeiten in Rheinsberg wurde vom Gesundheitsamt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin bisher nicht erteilt.

1. Welche Empfehlungen hat die Landesregierung an die Landkreise für die Einrichtung und zur Ausübung des Ermessens bei der Genehmigung von Testzentren gegeben?

Zu Frage 1: Für das Prozedere einer Beauftragung von Teststellen / Testzentren spielen die Vorgaben in der jeweils aktuellen Coronavirus-Testverordnung (TestV) des Bundes eine maßgebliche Rolle. Nach § 6 der TestV sind zur Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 berechtigt:

- a. die zuständigen Stellen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) und die von ihnen betriebenen Testzentren,
- b. die vom ÖGD als weitere Leistungserbringer beauftragten Dritten und
- c. Arztpraxen, Zahnarztpraxen, Apotheken, medizinische Labore, Rettungs- und Hilfsorganisationen, und die von den Kassenärztlichen Vereinigungen betriebenen Testzentren.

Als Leistungserbringende Dritte können die Gesundheitsämter weitere Anbieter, zum Beispiel für die sogenannten Bürgertestungen, nach § 4 a der Testverordnung, beauftragen. Da hierbei zahlreiche Qualitäts-, Kontroll- und Hygienevorgaben einzuhalten sind, kommt auf die Betreiber, die eine solche Beauftragung beantragen, eine verantwortungsvolle Tätigkeit zu. Diese Grundvoraussetzungen sind von allen Teststellen zu erfüllen, um ihre erbrachten Leistungen im Anschluss bei der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg abrechnen zu können. Wenn die bestehenden Voraussetzungen erfüllt sind, kann eine Teststelle den Betrieb aufnehmen.

Die Landesregierung steht hierbei zu den Themen Beauftragung von Teststellen, optimaler Anzahl von qualitativ einwandfrei arbeitenden Teststellen verteilt auf die Fläche der jeweiligen Landkreise und der kreisfreien Städte im regelmäßigem Austausch mit den Gesundheitsämtern und der Kassenärztlichen Vereinigung, um ein flächendeckendes und niedrigschwelliges Angebot an Teststellen im Land Brandenburg beibehalten zu können.

2. Wie unterstützt die Landesregierung die Kommunen, um ein ausreichendes Testangebot für die Brandenburgerinnen und Brandenburger sicherzustellen?

Zu Frage 2: Die Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte wurden seitens der Landesregierung dazu ermutigt, an dem Bedarf in ihrem Zuständigkeitsbereich gemessen großzügig und niedrigschwellig zu agieren. Da trotzdem die Qualität der Bedingungen zur Einhaltung von infektionsschutzrechtlicher, medizinerproduktrechtlicher und arbeitsrechtlicher Anforderungen und die Qualität der Testabnahme eine erhebliche Rolle spielen, um ein hochwertiges Testergebnis zu erhalten, sind die Gesundheitsämter zu Qualitätskontrollen vor Ort verpflichtet. Diese können entweder Anlass bezogen (z.B. bei vorliegenden Beschwerden) erfolgen oder weil die sachgerechte Beauftragung zu prüfen ist. Zur Unterstützung der Bürger als auch der Gesundheitsämter ist von der Landesregierung eine aktive Karte etabliert worden, auf der sich die Bürgerinnen und Bürger einen Überblick verschaffen können, wo es Teststellen gibt und welche Öffnungszeiten diese haben (www.brandenburg-testet.de). Diese Karte wird stetig aktualisiert und bei Bedarf angepasst und stellt eine zusätzliche Informationsquelle dar.

3. Welche Kriterien zu Testzentren, wie beispielsweise die Einwohneranzahl je Testzentrum oder die Wegstrecke der Bürgerinnen und Bürger zu den Testzentren, erachtet die Landesregierung als angemessen?

Zu Frage 3: Die Landesregierung begrüßt alle Initiativen, die einer niedrigschwelligen und bürgernahen Umsetzung der Coronavirus-Testverordnung des Bundes dienen. Die dargestellten hohen Qualitätskriterien für die Teststellenbetreiber stellen allerdings auch einen gewissen Schwierigkeitsgrad dar, da finanzielle Vorleistungen zu erbringen sind, die nicht alle Teststellenbetreiber übernehmen können. Den Gesundheitsämtern allein obliegt die Hoheit zur Beauftragung bzw. Genehmigung von Teststellen nach der jeweils gültigen Testverordnung. Sie haben dabei auch einzuschätzen, ob ein entsprechender Bedarf vorliegt oder sich geändert hat. Hier muss sich die Landesregierung auf die Einschätzung der Gesundheitsämter verlassen, da diese den Überblick vor Ort haben und abschätzen können, ob der Bedarf gedeckt ist oder nicht.

4. Wie sollen Testkapazitäten aufgrund von Großveranstaltungen oder der Tourismussaison angepasst werden?

Zu Frage 4: Die derzeit gültige bundesweit verbindliche Coronavirus-Testverordnung läuft zum 31.03.2022 aus. Der Entwurf der Testverordnung sieht eine Verlängerung bis voraussichtlich 31.05.2022 vor und befindet sich derzeit noch in der Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Insofern kann die Frage derzeit von der Landesregierung nicht abschließend beantwortet werden.